

Zur Kohlenfrage.

Fortsetzung des Berichtes.

VB. Hoss hält gleichfalls eine sofortige Drohung für zu gefährlich, wohl aber wäre es angezeigt, wenn auch/den Arbeiterorganisationen heraus der Ruf nach Kohle erschallen würde.

StR. Körber glaubt, dass man die grössten Schwierigkeiten mit der Zufuhr des Holzes haben werde. Auch die Preisstellung sei horrend. Man zahle jetzt schon jeden Preis für Holz. In dieser Beziehung möge an die Regierung herangetreten werden, damit diesem Preiswucher Abhilfe geschehe.

StR. Iser regt die Einsetzung eines Ausschusses an, der sich mit der Kohlenfrage eingehend zu beschäftigen haben werde, denn geschehen müsse etwas; wenn Schneefälle eintreten, so werde man nicht einmal die Lebensmittelzüge befördern können, vielweniger die Kohlenzüge. Es werde dann zu einer furchtbaren Katastrophe kommen. Man müsse sich schon jetzt klarmachen, welche Maßnahmen zu ergreifen seien und durch dieselben die Ruhe gegebenenfalls gestört werden würde, so wäre dies jetzt viel leichter zu ertragen, als im Winter.

StR. Dr. Kienböck sagt, dass das, was wir an Kohle brauchen, an Deutschland und der Weltproduktion gemessen, doch eigentlich nicht entscheidend, ja geradezu minimal sei. Vielleicht bestehe doch noch die Möglichkeit, dieses Quantum zu beschaffen. Das geschehe aber nicht durch ein düsteres Kommuniqué allein, sondern, vielleicht wäre es angezeigt, dass sich der Bürgermeister in dieser Angelegenheit auch an die Industrie und die Arbeiterschaft wende. Dieses Vorgehen würde schon auf die Öffentlichkeit einen Eindruck machen, es würde alarmierend wirken und das tue not, denn die Bevölkerung täusche sich noch immer über den Ernst der Lage.

StR. David sagt, man müsse, wenn kein anderer Ausweg bleibe, auch amerikanische Kohle um jeden Preis herschaffen. Er habe selbstverständlich gegen die Einsetzung eines Ausschusses nichts, wenn er sich auch davon keinen besonderen Vorteil verspreche.

VB. Emmering betont, dass die Versuche, Kohle aus Deutschland zu erhalten, nicht aus jüngster Zeit datieren. Die Kohlenlieferungen aus Deutschland seien schon vor langer Zeit vertragsgemäss festgelegt worden. Deutschösterreich solle aus Deutschland 7.000 Tonnen Schwarzkohle erhalten, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Tschechoslowakei 22.000 Tonnen Braunkohle nach Deutschland liefere. Das Letztere geschehe nicht und so erhalten wir auch nicht die versprochene Menge Steinkohle aus Deutschland.

Millionen betrage, wir zu jedem Opfer bereit seien, um nur die Kohle zu bekommen, um einer Katastrophe zu begegnen. Ebenso sei die Gemeinde unausgesetzt an der Arbeit, die Bringung von grossen Holzvorräten zu ermöglichen. Zu diesem Behufe hätten dieser Tage schon Verhandlungen mit dem Landesholzamt stattgefunden und es werde morgen voraussichtlich im Amtsblatte eine Verordnung veröffentlicht werden, nach welcher alles Holz, welches in Niederösterreich schlagbar ist, vom Staate angefordert werde und gleichzeitig auch die Preise festgesetzt werden. Gegenwärtig sei Hofrat Kloss in Prag, um neuerliche Verhandlungen mit der Tschecho-Slowakei zu führen. Der Bürgermeister schloß mit der Erklärung, er werde noch im Laufe der nächsten Woche eine ausserordentliche Gemeinderatssitzung einberufen, der ein eingehender Bericht über die rastlosen Bemühungen der Gemeinde zur Beschaffung von Holz und Kohle erstattet werden wird. Aus dem Berichte werde hervorgehen, dass die Gemeinde sich sicherlich keine Versäumnisse oder Unterlassungen habe zuschulden kommen lassen. Gleichzeitig werde aber auch die Welt erkennen, in welcher grauenvollen Lage die Stadt Wien sich befinde und dass unverzügliche Inangriffnahme der Kohlenversorgung not tue. Wenn die letzten paar Wochen ungenützt verstreichen, dann sei es wirklich zu spät, dann werde über diese vielgeprüfte Stadt eine so entsetzliche Katastrophe hereinbrechen, dass alle Worte zu schwach wären, eine Schilderung zu geben. Wien stehe vor einer Schicksalsstunde. Die Bevölkerung müsse auf das Aergste gefasst sein, wenn die Entente, wenn Deutschland und die Successionsstaaten nicht sofort und mit grösster Energie helfend eingreifen.

Bürgermeister Reumann ~~gegen~~ <sup>gegenüber</sup> die leise ~~Maßnahme~~ <sup>Maßnahme</sup>, als ob die Gemeindeverwaltung etwa die Hände in den Schoß lege, entschiedenst <sup>Es würden</sup> unausgesetzt alle Anstrengungen gemacht, um Kohle herbeizuschaffen und zwar nicht erst seit heute, oder erst seit einem kurzem Zeitraume, sondern seitdem die Kohlenkalamität bestehe. Was Deutschland anbelangt, so habe man aus den jüngsten Kohlendebatten ~~sehen~~ <sup>sehen</sup> können, dass es selbst an Kohlen Mangel leide. Dessen ungeachtet sei man auch wiederholt und in eindringlichster Weise an die deutsche Regierung in dieser Frage herangetreten. Zuletzt habe er am 30. Juli an den deutschen Reichspräsidenten ein Schreiben absenden lassen, in welchem eine eingehende Darstellung unserer trostlosen Kohlenverhältnisse gegeben worden sei. Es sei darin um die dringliche Einhaltung der vertragsgemässigen Lieferungen gebeten worden. Darauf habe das Reichspräsidium geantwortet, dass alles getan werde, um die Stadt Wien nach besten Kräften mit Kohle zu versorgen. Ob wir von Deutschland <sup>erhalten</sup> ~~erhalten~~ nennenswerte Mengen Kohle erhalten werden, sei noch fraglich, denn die Kohlen-

zulieferungen seien vom Friedensvertrage abhängig. Deutschösterreich leide auch unter den deutschen Friedensvertrag. Wenn man Deutschland die Lokomotiven, Güterwagen und das Saargebiet <sup>mit Kohle und anderen Rohstoffen</sup> weggenommen habe, überdies ihm ungeheure Lieferungsverpflichtungen auferlegt, so sei es nur zu begreiflich, dass diese Maßnahmen auf uns eine Rückwirkung haben. Deutschland ist eben infolgedessen nicht im Stande, jenes Quantum Kohle uns zu liefern, was ursprünglich beiderseitig ins Auge gefasst worden sei. Auch die fortwährenden Streiks im Oberschlesischen Kohlengebiete, üben einen sehr störenden Einfluß. Er habe deshalb die Direktoren der städt. Gas- und Elektrizitätswerke ersucht, alles daranzusetzen, dass die Gemeinde englische und amerikanische Kohle bekomme. Es hätten diesbezüglich auch schon Verhandlungen stattgefunden und die Preise, welche verlangt worden seien, sind ungeheuer. Dessen ungeachtet sei erklärt worden, dass, wenn auch das Mehrerfordernis viele